

# Ein US-Dollar für eine Million Mark!

## Deutschland im Sommer 1923 – Hunger und Verelendung beherrschen das Land<sup>1</sup>

*Dr. Reiner Zilkenat*

„Über der Stadt lag – trotz früher Stunde und klaren Himmels – ein trüber Dunst. Der Brodem eines verelendeten Volkes stieg nicht gen Himmel, er haftete träg an den Häusern, kroch durch alle Straßen, sickerte durch die Fenster, in jeden atmenden Mund. Der Dollar steht auf 414.000 Mark. Am Ultimo, in einer Woche, gibt es Gehalt – wie wird der Dollar dann stehen? Werden wir uns zu essen kaufen können? Für vierzehn Tage? Für zehn Tage? Für drei Tage?“ Mit diesen Worten schilderte Hans Fallada in seinem Roman „Wolf unter Wölfen“ die Atmosphäre im Berlin des Sommers 1923.<sup>2</sup> Und tatsächlich: Für immer größere Teile der Bevölkerung wurden Hunger und Not zu ständigen Begleiterscheinungen ihres Lebens. Der Wert der Mark sank ins Bodenlose. Wer über keine Devisen oder Wertsachen verfügte, die er gegen US-Dollars oder britische Pfund eintauschen konnte, hatte Probleme, Lebensmittel oder andere Güter des täglichen Bedarfs zu erwerben.

Es kam hinzu: Die Spargroschen der Arbeiter und Angestellten, die Rücklagen der Kleingewerbetreibenden und der Angehörigen Freier Berufe waren inzwischen fast völlig entwertet worden. Renten und Pensionen wurden erst mit großen Verzögerungen dem Währungsverfall angepasst. Armut im Alter war zur Normalität für Hunderttausende geworden. Die einen flüchteten sich in die Apathie, die anderen verzweifelten und stürmten vor Hunger Lebensmittelgeschäfte und Marktstände.<sup>3</sup> Wiederum andere liefen den Faschisten und anderen reaktionären Organisationen nach. Sie versprachen eine „Lösung“ der Probleme, indem sie die Juden als die Verursacher der wirtschaftlichen und finanziellen Misere bezeichneten. Ihre Macht müsse gebrochen werden. Die antisemitische Zeitung „Der Reichsbote“ schrieb in diesem Sinne: „Zwei Richtungen in der Arbeit des Judentums haben uns in die Tiefe des Abgrunds gestoßen: erstens das internationale, verflochtene, auf die Instinkte des Proletariats abzielende Judentum in Presse, Parlament, öffentlichem Leben; zweitens das in Händen der Juden angesammelte Großkapital. Beide Strömungen griffen zu gemeinsamer Arbeit ineinander, geleitet vom Streben, die Macht an sich zu reißen.“<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Stark erweiterte Fassung eines Beitrages, der zuerst in der „jungen welt“ am 30.7.2013, S. 10ff., unter dem Titel „Arbeiten, um zu hungern“ erschienen ist.

<sup>2</sup> Erstes Kapitel: „Man erwacht in Berlin und anderswo“, 3. Abschnitt.

<sup>3</sup> Hierzu findet sich reichhaltiges Material in den Beständen „Reichsministerium des Innern“ (R 1501) und „Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung“ (R 1507) im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, z.B. R 1507/217 u. 218.

<sup>4</sup> Der Reichsbote, Nr. 420, 28.8.1919: Das Judentum – Deutschlands Verderb (Exemplar in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 8034 II/1484, Bl.11).

Wie auch immer die politischen Überzeugungen der Zeitgenossen sein mochten, sie stellten immer von neuem die Frage: Wie hatte es zu dieser Katastrophe kommen können? Worin bestanden die Ursachen der bis dahin beispiellosen Hyper-Inflation?

### **„Bleigewicht der Milliarden...“**

Ein wichtiger Grund für den rasanten Verfall der Mark bestand in der Art und Weise der Finanzierung des Ersten Weltkrieges.

Im Juli 1914 war die politische und militärische Führung des Deutschen Kaiserreiches der Auffassung, dass der bevorstehende Krieg nach wenigen Monaten siegreich abgeschlossen sein würde.<sup>5</sup> „Weihnachten sind wir wieder daheim!“ Diese Redewendung kursierte in der Presse und unter den Soldaten, die an die Fronten geschafft wurden. Wegen solcher vollkommen realitätsfremder Annahmen existierten zunächst auch keine ausgereiften Pläne für eine länger andauernde Organisation der Volkswirtschaft unter Kriegsbedingungen.<sup>6</sup> Deshalb stellte sich die Frage der Kriegsfinanzierung auch nicht mit der gebotenen Dringlichkeit. Doch es zeigte sich: Der deutsche Imperialismus hatte seine militärischen, politischen und besonders seine ökonomischen Potenziale bei weitem überschätzt – nicht zum letzten Mal im 20. Jahrhundert.

Als die Strategie des „Blitzkrieges“ gegen Frankreich gescheitert war und aus dem „Bewegungskrieg“ ein lang andauernder „Stellungskrieg“ wurde, stellte sich die Frage der Kriegsfinanzierung mit aller Schärfe. Denn jeder Kriegsmonat erforderte 1914 Ausgaben für Waffen, Ausrüstungen, Munition und Sold in Höhe von 1,2 Milliarden Mark. 1917 waren es bereits 3 Milliarden und 1918 sogar 5 Milliarden Mark.<sup>7</sup> Grundsätzlich zwei Varianten standen zur Auswahl, um diese Ausgaben zu finanzieren: Steuererhöhungen oder Kredite. Dass sich die Reichsregierung für letzteres Modell entschied, war kein Zufall. Steuererhöhungen – das hätte bedeutet, dass auch die Besitzer von großen

---

<sup>5</sup> Siehe Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1967 (Sonderausgabe), S. 87ff.; Wolfgang J. Mommsen: Die Kontinuität des Irrtums. Das Deutsche Reich an der Schwelle zum totalen Krieg, in: derselbe: Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, Bonn 2004, S. 79ff. Als marxistische Analyse siehe Alfred Schröter: Krieg-Staat-Monopol 1914-1918. Die Zusammenhänge von imperialistischer Kriegswirtschaft, Militarisierung der Volkswirtschaft und staatsmonopolistischem Kapitalismus in Deutschland während des ersten Weltkrieges, Berlin-DDR 1965, bes. S. 40ff.

<sup>6</sup> Siehe hierzu die mit vielen interessanten Details gespickte Darstellung von Karl Helfferich: Der Weltkrieg, II. Bd., Berlin 1919, S. 22ff., bes. 34ff.

<sup>7</sup> Die Zahlengaben in diesem Text folgen zumeist: Manfred Nussbaum: Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik, Berlin-DDR 1978; Fritz Blauch: Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München 1985 sowie Prof. Dr. Rainer Goemmel: Deutsche Wirtschaft und Wirtschaftspolitik 1914-1945, Regensburg 2009/2010 ([http://www-wiwi.uni-regensburg.de/images/institute/angegliedert/goemmel/Deutsche\\_Wirtschaft\\_und\\_Wirtschaftspolitik\\_1914-1945-komplette\\_vorlesung.pdf](http://www-wiwi.uni-regensburg.de/images/institute/angegliedert/goemmel/Deutsche_Wirtschaft_und_Wirtschaftspolitik_1914-1945-komplette_vorlesung.pdf)). In der einschlägigen Fachliteratur finden sich zu den gleichen Sachverhalten nicht selten unterschiedliche Zahlenangaben. In der Regel dürfte das der Ausdruck der im Vergleich zu heute mangelnden Exaktheit in der Arbeit unterschiedlicher statistischer Ämter sein bzw. zeugt von verschiedenartigen Grundlagen bei der Erhebung der betreffenden Daten.

Vermögen und Einkommen, Großindustrielle und Großagrariere, in beträchtlichem Maße zur Steuerzahlung herangezogen worden wären. Die Kriegsgewinne der großen Konzerne wären zu einem Teil abgeschöpft worden. Dies sollte jedoch unbedingt vermieden werden, denn der „Patriotismus“ der Herrschenden endete am eigenen Geldbeutel. Stattdessen wurde ihnen die Möglichkeit offeriert, dem Staat Geld zu leihen, das zurückgezahlt und verzinst werden musste. Mit anderen Worten: Der Krieg sollte ihre Vermögen vermehren. Zwar wurden zum ersten Mal 1916 so genannte Kriegssteuern eingeführt, um die aufkommende Empörung über die „Kriegsgewinnler“ abzumildern; ihr Ertrag war jedoch zu niedrig, um einen relevanten Beitrag zur Kriegsfinanzierung leisten zu können.<sup>8</sup>

Die Einnahmen des Reiches durch die insgesamt neun gezeichneten Kriegsanleihen (September 1914 bis September 1918) blieben hinter den Erwartungen zurück. Erzielt wurden knapp 100 Milliarden Mark. Dass diese Summe zu geringfügig war, lag auch an der zeitlichen Differenz zwischen dem Zeitpunkt der Ankündigung einer neuen Anleihe und den später gelegenen Verkaufsterminen. In der Zwischenzeit war der finanzielle Bedarf des Reiches für die Kriegsfinanzierung so weit angestiegen, dass der Erlös der Anleihe deutlich hinter den mit ihrer Hilfe zu regulierenden Kosten zurückblieb. Die Differenz zwischen den Erlösen aus den Staatsanleihen und den anderen Einnahmen des Reiches *einerseits* sowie den tatsächlichen Kriegskosten *andererseits* wurde durch immer neue kurzfristige Kredite (vor allem so genannte Schatzanweisungen) überbrückt, die von der Reichsbank gewährt wurden. Vor allem seit dem Herbst 1916 blieb „der Ertrag der Anleihen hinter den Kriegsausgaben zurück.“<sup>9</sup>

Die Tilgung und Verzinsung der Schulden plante man, den Kriegsgegnern aufzubürden, vor allem Frankreich. Der Staatssekretär im Reichsschatzamt, Karl Helfferich, äußerte hierzu am 20. August 1915 im Reichstag: „Wie die Dinge liegen, bleibt vorläufig nur der Weg, die endgültige Regelung der Kriegskosten durch das Mittel des Kredits auf die Zukunft zu schieben, auf den Friedensschluss und auf die Friedenszeit. Und dabei möchte ich auch heute wieder betonen: Wenn Gott uns den Sieg verleiht und damit die Möglichkeit, den Frieden nach unseren Lebensnotwendigkeiten zu gestalten, dann dürfen wir auch die Kostenfrage nicht vergessen. Die künftige Lebenshaltung unseres Volkes muss von der ungeheuren Bürde befreit bleiben, die der Krieg anwachsen ließ. Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient. Sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir.“<sup>10</sup> Das Protokoll des Reichstages vermerkt an dieser Stelle „Sehr-gut“-Rufe. Im Lichte der späteren, vor Nationalismus tiefenden Agitation bürgerlicher Parteien und Organisation gegen die von den Alliierten auferlegten Reparationen, bekommt diese Aussage Helfferichs, der übrigens von 1908 bis

---

<sup>8</sup> Siehe Karl Helfferich: Der Weltkrieg, II. Bd., S. 153ff., bes. 160ff., mit z.T. interessanten Eingeständnissen.

<sup>9</sup> Ebenda, S.159.

<sup>10</sup> Derselbe: Reden und Aufsätze aus dem Kriege, Berlin 1917, S.145.

1915 dem Direktorium der Deutschen Bank angehörte<sup>11</sup>, eine besonders delikate Note.

### **„Gold gab ich für Eisen“**

Neben der Zeichnung von Kriegsanleihen wurden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die „innere Finanzierung“ des Krieges zu organisieren. Dazu gehörte die Einziehung der Gold-, Silber- und Kupfermünzen, deren Metallgehalt für die Produktion kriegswichtiger Güter benötigt wurde. Darüber hinaus wurde nach dem Motto „Gold gab ich für Eisen“ in der Bevölkerung für die Abgabe von Schmuckstücken und anderen metallenen Gegenständen geworben, da die Einfuhr von Edelmetallen und Erzen nur eingeschränkt möglich bzw. sehr kostspielig war. Um hier den notwendigen Nachdruck zu erzeugen, wurde Soldaten an der Front von ihren Offizieren geraten, ihren Angehörigen den Verkauf aller edelmetallinen Gegenstände dringend zu empfehlen. Angeblich werde bald eine Ablieferungspflicht verordnet. Dann sei mit stichprobenartigen Durchsuchungen privater Haushalte zu rechnen. Die gewünschte Wirkung blieb nicht aus, der Nutzen all dieser Maßnahmen war jedoch begrenzt.

Alles in allem nahm die Verschuldung des Deutschen Reiches, je länger der Krieg dauerte, nie gekannte Dimensionen an. Sie stieg von 4,3 (1913) auf schließlich 156,1 Milliarden Mark im Jahre 1918. Davon betrug allein die kurzfristige Verschuldung in Form der „Schatzanweisungen“ etwa 63,7 Milliarden Reichsmark. Um zahlungsfähig zu sein, borgte sich die Reichsregierung immer wieder kurzfristig Geld bei der Reichsbank. Finanzpolitiker und Wirtschaftswissenschaftler sprachen in diesem Zusammenhang verniedlichend von der „schwebenden“ Schuld des Deutschen Reiches. Der wachsende Geldnotenumlauf und gestiegene Preise bei gleichzeitig sinkendem Güterangebot für den zivilen Bedarf führte zur Entwertung des Geldes und damit der Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen. Die periodische Erhöhung dieser Einkommen durch den Staat und die Unternehmen hielt mit der inflationären Entwicklung nicht mehr Schritt, auch wenn sich der Bestand an Bargeld von 1913 bis 1918 von 13 auf mehr als 60 Milliarden Mark fast verfünffachte. Zugleich begann der „Schwarzhandel“ mit illegal geschlachtetem Fleisch und anderen Nahrungsgütern sowie mit gehorteten Waren aus der Vorkriegszeit. Wer es sich leisten konnte, lebte so, als befände man sich im tiefsten Frieden.

---

<sup>11</sup> Zu Helfferich siehe auch Karl Helfferich zum Gedächtnis. Reden am Sarge in Mannheim am 30. April 1924, Berlin o.J. Zu den Trauerrednern gehörte neben anderen Prominenten Emil Georg von Stauß, Direktor der Deutschen Bank, der später Vorstands- bzw. Aufsichtsratsvorsitzender dieses Finanzinstituts wurde. Helfferich war überdies der Schwiegersohn des langjährigen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Georg von Siemens.

## **Inflation bleibt bestehen**

Nach dem Ende des Krieges, der so ganz anders endete, als dies Karl Helfferich vor dem Reichstag vorhergesagt hatte, erdrückte die aufgehäufte Schuldenlast den Staatshaushalt. Allein im Jahr 1919 waren 57 Prozent des Reichshaushaltes für die Tilgung und Verzinsung der Kriegsschulden vorgesehen. Die im Gefolge des Versailler Vertrages nötig werdenden Zahlungen, deren genaues Ausmaß von den Alliierten noch festgelegt werden musste, waren in dieser Summe noch nicht einbegriffen!<sup>12</sup> Es stiegen auch die Ausgaben für die zahlreichen Kriegsinvaliden. Zwar wurden sie mit geringen Rentenzahlungen abgespeist, dennoch schwoll diese Ausgabe des Staates an. Die Folge all dessen: Die Parität der Mark zum US-Dollar betrug im Januar 1919 9:1 (1914: 4,2:1), im Mai 1919 bereits 14:1 und im Dezember desselben Jahres 50:1. 1920 und im ersten Halbjahr 1921 beruhigte sich die Situation ein wenig. Aber im November 1921 waren es 270 Mark, die ein US-Dollar kostete, im Juli 1922 420 und im November 1922 bereits 7.000 Mark!

Der Wert der Mark sank jetzt immer weiter. Einer aufgeblähten Menge Geldes stand eine anhaltende Verringerung der Warenmenge gegenüber. Die vielen Inhaber von Kriegsanleihen sowie die Kontensparer verfügten über festverzinsliche Wertpapiere und Bankguthaben, die faktisch wertlos geworden waren. Besonders tragisch war das Schicksal vieler Kleinbürger und Landwirte, die mit fester Überzeugung an den Sieg der „deutschen Waffen“ geglaubt und deshalb ihre Wertgegenstände gegen jetzt wertloses Bargeld oder Kriegsanleihen getauscht hatten. Häufig war es nur noch der goldene Ehering, der im Notfall gegen Nahrungsmittel getauscht werden konnte. Natürlich betraf die galoppierende Geldentwertung auch die in Lebensversicherungen angelegten Summen.

Es kam hinzu: Da auch Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Körperschaften des öffentlichen Rechts, kleine und mittelständische Betriebe zu den Zeichnern von Kriegsanleihen gehörten, kam es auch hier zu einer Entwertung ihres Eigenkapitals und ihrer Rücklagen. Auch nicht wenige Waisen waren betroffen: Ihr ererbtes Vermögen hatten Notare häufig als Treuhänder in angeblich mündelsichere Kriegsanleihen investiert. Jetzt standen sie plötzlich mittellos da. Es stellt sich die Frage:

Gab es angesichts dieser Entwicklungen auch „Inflationsgewinner“? Die Antwort lautet: Allerdings! Die rasante Entwertung des Geldes bot Großindustriellen und Spekulanten eine noch nie gekannte Chance zur hemmungslosen Bereicherung.

---

<sup>12</sup> Siehe Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Bonn 2012, S. 153ff. In den großen Zusammenhang der beträchtlichen Einflussnahme der industriellen Verbände und Großunternehmen auf die Regierungspolitik wird diese Thematik von Manfred Nussbaum: Wirtschaft und Staat in Deutschland in der Weimarer Republik, S. 87ff., gestellt.

## „Mark ist Mark“

Während die Angehörigen der Arbeiterklasse, die Rentner und Pensionäre, Kleingewerbetreibenden, Kleinbauern und Freiberufler ihre oft mühsam über viele Jahre ersparten Guthaben zum größten Teil verloren hatten, stellte sich die Situation bei den Eigentümern von Sachwerten, besonders für die „Schlotbarone“, anders da.

Der Staat beeilte sich, sie für den Verlust ihrer Werke in Elsaß-Lothringen, an der Saar und in Oberschlesien zu entschädigen, die jetzt, gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages, auf dem Territorium Frankreichs bzw. Polens lagen. Nicht weniger als 1,5 Milliarden Mark erhielten deutsche Reedereien für ihre Schiffe, die „durch Kriegsergebnisse“ verloren gegangen waren. Nutznießer war selbstverständlich auch die größte Reederei des Landes, die „Hamburg-Amerikanische Paketfahrt AG“ (HAPAG). Ihr seit Dezember 1918 amtierender Generaldirektor Wilhelm Cuno wurde übrigens am 22. November 1922 zum Reichskanzler berufen. Zwar wurden durch die vom neuen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger (katholische Zentrumspartei) im Herbst 1919 durchgesetzte Finanzreform erstmals die Kapitaleigner in gewissem Umfang zur Steuerzahlung herangezogen. Die Sache hatte allerdings mehrere Haken: Zum einen war die Steuerzahlung zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit durch die anhaltende Inflation bereits wieder entwertet worden. Zum anderen war auch die Lohnsteuer für Löhne und Gehälter eingeführt worden. Sie wurde als „Quellensteuer“ monatlich an die Finanzämter abgeführt und wurde zu einer wichtigen Grundlage der in den Jahren 1920/21 steigenden Staatseinnahmen. Etwas anderes kam hinzu: Die durch die Inflation niedrigen Löhne und Gehälter wirkten wie Lohndumping und gestatteten es der deutschen Industrie, ihre Waren vergleichsweise günstig auf den Auslandsmärkten anzubieten. Zeitweilig entwickelte sich ein kleiner „Exportboom“ für deutsche Industrieprodukte. Doch diese scheinbare Besserung der Staatsfinanzen und die nicht mehr wachsende Geldentwertung hielten nicht lange an. Seit Mitte des Jahres 1921 setzte die „galoppierende“ Inflation mit neuer Intensität ein. Die kurzfristige Verschuldung des Reiches überschritt bald die 200-Milliarden-Marke. Jetzt nahte die Stunde der großen Spekulanten. Ihr wichtigster Exponent war der Industrielle Hugo Stinnes. Bei ihm handelte es sich, nicht nur nach der Auffassung der britischen Zeitung „The Manchester Guardian“ vom 12. März 1921, um den „mächtigsten Mann in Deutschland“.<sup>13</sup> Stinnes hatte im Weltkrieg riesige Profite gescheffelt, unter anderem durch die rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten in Frankreich und Belgien, aber auch als Lieferant von Steinkohle und Rüstungsgütern fast jeder Art. Wohl kein anderer Großindustrieller hatte

---

<sup>13</sup> Manchester Guardian, 12.3.1921: The most powerful man in Germany (From our Berlin Correspondent), in: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Pressemappe 20. Jahrhundert, <http://webopac.hwwa.de/DigPersPDF/017164/PIC/P0171640021000000H.PDF>.

Kriegsgewinne in einem Umfang realisieren können, wie dies bei Stinnes der Fall war.

Jetzt lautete seine Losung: „Mark ist Mark!“ Er lieh sich hohe Kredite, kaufte damit andere Unternehmen auf, die insolvent zu werden drohten oder bereits zahlungsunfähig geworden waren, und schuf auf diese Weise einen der weltweit größten Konzerne. Das Rückgrat seines Imperiums bildete die Rhein-Elbe-Union GmbH, zu deren Besitz auch das größte Unternehmen für Steinkohleförderung in Deutschland gehörte, die Gelsenkirchener Bergwerks AG. Die Rückzahlung der Darlehen konnte er zum Spottpreis mit dem inzwischen entwerteten Markbeträgen quasi aus der Portokasse zurückzahlen. Andere Industrielle machten es Stinnes nach. So begünstigte die Inflation zugleich den Prozess der Konzentration des Kapitals. Als „rechte Hand“ des Herrn Stinnes agierte Albert Vögler, der einige Jahre später Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG werden sollte, des größten schwerindustriellen Konzerns in Europa. Seit 1920 war Stinnes für die Deutsche Volkspartei auch als Abgeordneter des Reichstages engagiert. Im April 1923 löste Hugo Stinnes einen großen Skandal aus, als er an der Börse eine ungewöhnlich große Menge Devisen kaufte. Dadurch sackte der Kurs der deutschen Währung noch weiter in den Keller; die von ihm in großem Umfang gekauften Devisen wurden allerdings noch werthaltiger. Diese „überaus gefährlichen Machenschaften gegen die Mark“, so nannte der sozialdemokratische „Vorwärts“ am 26. April 1923 die Finanzspekulationen des Herrn Stinnes, wurden nicht geahndet.<sup>14</sup> Gab es überhaupt einen Paragraphen im Strafgesetzbuch, der dies ermöglicht hätte? So viel zum „Patriotismus“ deutscher Industrieller in einer Zeit, als die Masse des deutschen Volkes im wahrsten Sinne des Wortes ums Überleben kämpfte.

**„...dass wir Alles wieder kriegen...“**

Die Inflations- und Spekulationsgewinne wurden staatlich geduldet, ja gefördert. Bis zum August 1923 passte die Reichsbank die von ihr ausgeliehenen Kredite wertmäßig nicht an die Inflationsrate an!<sup>15</sup> Dies bedeutete nicht anderes, als das die Unternehmenskäufe, also der Erwerb von wertbeständigen Sachwerten durch die Stinnes und Co., mit Hilfe immer wertloser werdenden Geldes staatlich subventioniert wurden. Wie kaum etwas Anderes verdeutlicht diese Politik der Regierung und der Reichsbank, in wessen Interesse sie ihre Amtsgeschäfte betrieben.

Stinnes, ein bekennender Chauvinist und Antisemit, war im Übrigen davon überzeugt, dass die an Frankreich, Polen und Belgien im Ergebnis des Versailler Vertrages abgetretenen Gebiete eines Tages wieder „deutsch“ werden würden. Hierfür sei erneut ein Krieg vorzubereiten. Einem seiner Direktoren vertraute er kurz vor seinem Tode im April 1924 an: „Ich bin zu der Erkenntnis gekommen,

---

<sup>14</sup> Vorwärts, Nr. 194, 26.4.1923: Stinnes und der Marksturz.

<sup>15</sup> Siehe Fritz Blaich: Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, S.45.

dass uns aus unserer Lage nur ein Krieg herausführen kann. Ich bin gewiss, dass wir diesen Krieg gegen die Franzosen gewinnen werden und dass wir Alles wieder kriegen, das Ruhrgebiet, Elsass-Lothringen und noch mehr, wenn wir nur in dem Augenblick Köhner an der Spitze haben, Kerle, frei von Gefühlen, mit starken Nerven und klarem Verstand.“<sup>16</sup> Einer dieser „Kerle“ hockte bekanntlich bereits in Bayern in den Startlöchern: ein gewisser Adolf Hitler und seine „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP).

Für Stinnes galt in besonderem Maße die folgende Einschätzung des US-amerikanischen Historikers Gerald D. Feldman: „Die verhängnisvolle Rolle, die die Schwerindustrie in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Weimarer Republik gespielt hat, ihre dominierende Rolle bei der Formulierung der Politik der Unternehmer..., wären nicht möglich gewesen ohne die Vorteile, die sie aus Krieg und Inflation zu erringen wusste.“<sup>17</sup>

Natürlich gab es neben den großen Spekulanten à la Hugo Stinnes auch kleine „Schieber“, die mit Gold und Devisen, mit dem Tauschen von vergleichsweise kleinen Marktbeträgen gegen ausländisches Geld sowie mit gehorteten und Luxuswaren aller Art dubiose Geschäfte machten. Während in Berlin Hunderttausende hungerten, Bettler und Kriegsinvaliden in ständig wachsender Zahl in den Wohnvierteln der Wohlhabenden, auf den Flaniermeilen und vor den großen Hotels und Restaurants in der Innenstadt um Pfennige oder ein Stück Brot baten, waren diese Herrschaften Stammkunden in Delikatessenzläden. Auch dieses Thema begegnet uns in Falladas Roman „Wolf unter Wölfen“: „Man ging in ein Delikatessengeschäft – und das Geld mochte noch so wertlos geworden sein, hier standen alle Fächer brechend voll: grüner Spargel aus Italien, Artischocken aus Frankreich, Mastgänschen aus Polen, Helgoländer Hummer, englische Jams – die ganze Welt gab sich hier ein Stelldichein. Selbst der Kaviar aus Russland war wieder da – und die seltenen, knappen Devisen, die man nur aus Freundschaft und sinnlos teuer bekam – hier konnte man sie zentnerweise aufessen.“<sup>18</sup>

## 1923 – Geld ohne Wert

Das Jahr 1923 brachte eine neue Entwicklungsstufe der Geldentwertung. Sie mutierte von einer Inflation „im gestreckten Galopp“ zu einer bisher nie dagewesenen „Hyper-Inflation“.

Die seit den Jahren des Ersten Weltkrieges datierenden Belastungen des Staatshaushaltes waren nach wie vor nicht aus der Welt geschafft worden.

---

<sup>16</sup> Zitiert nach: Unternehmer im Nationalsozialismus, hrsg. von Lothar Gall u. Manfred Pohl, München 1998, S. 98.

<sup>17</sup> Gerald D. Feldman u. Heidrun Homburg: Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916-1923, Hamburg 1977, S. 170.

<sup>18</sup> Drittes Kapitel: „Jäger und Gejagte“, 5. Abschnitt. Außer auf Hans Falladas Roman „Wolf unter Wölfen“ sei hier ausdrücklich auf Joseph Roths „Rechts und links“ (Erstveröffentlichung 1929) sowie auf Erich Maria Remarques „Der schwarze Obelisk“ (Erstveröffentlichung im US-amerikanischen Exil) hingewiesen, die das Thema „Inflation“ literarisch aufgearbeitet haben.



Immer noch existierte zwischen der Staatsschuld und den Einnahmen aus Steuern, Zöllen und anderen Abgaben eine immer größer werdende Differenz. Aber inzwischen war von den Alliierten die Höhe der Reparationen festgelegt worden, die eine schwindelerregende Höhe aufwies.<sup>19</sup> Insgesamt 132 Milliarden Goldmark waren nach dem „Londoner Zahlungsplan“ vom 5. Mai 1921 fällig, wovon 2 Milliarden Reichsmark plus 26 Prozent des Wertes der jährlichen deutschen Ausfuhr als zusätzliche Leistung fällig wurden. Als Sicherheit wurden die deutschen Zolleinnahmen reklamiert.

Die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno verweigerte bzw. verzögerte die fälligen Leistungen. An der Jahreswende 1922/1923 war bei der Begleichung der Reparationen ein Rückstand in Höhe von circa 20 Prozent eingetreten. Während die USA und Großbritannien noch keinen Anlass sahen, der deutschen Regierung ihren Willen abzusprechen, die festgelegten Güter (u.a. Steinkohle, Holz, Telegraphenmasten, Produkte der chemischen und pharmazeutischen Industrie, lebendes Vieh) abzuliefern<sup>20</sup>, ergriff die französische Regierung die Gelegenheit, den deutschen Konkurrenten ökonomisch zu schaden und politisch zu demütigen. Mit der Assistenz Belgiens marschierten französische Truppen ins Ruhrgebiet ein, um „produktive Pfänder“ zu nehmen.<sup>21</sup> Die in den Kohlegruben geförderte Steinkohle und die in den Fabriken hergestellten Waren wurden nach Frankreich bzw. Belgien verbracht und das Ruhrgebiet wirtschaftlich von Deutschland abgetrennt. Auch eine Zollgrenze wurde errichtet. Die Regierung Cuno proklamierte den „passiven Widerstand“. Deutsche Staatsbedienstete in den besetzten Gebieten hatten die Anweisung, keinerlei Befehlen der Besatzungstruppen Folge zu leisten. Überall in Deutschland kam es zu Produktionsausfällen, ja Fabrikschließungen, da Kohle, Eisen und Stahl aus dem Rhein-Ruhrgebiet nicht zur Verfügung stand und die Devisen für die Einfuhr dieser Güter nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung standen. Die Löhne der Arbeiter wurden immer geringer, die Kaufkraft sank dramatisch.

Das wichtigste Resultat dieser Entwicklungen bestand in einer Geldentwertung, die als „Hyper-Inflation“ zu bezeichnen, noch eine Untertreibung darstellt. Tag und Nacht liefen die Notenpressen der Reichsbank und auch privater Druckereien. Da das hier produzierte Geld für den Zahlungsverkehr immer noch nicht ausreichte, wurde in vielen Gemeinden, Städten und Betrieben, z.B. bei der Deutschen Reichsbahn, eigenes „Notgeld“ gedruckt. An der Monatswende

---

<sup>19</sup> Zum Folgenden siehe die insgesamt sehr sachliche zeitgenössische Darstellung von Carl Bergmann: Der Weg der Reparation. Von Versailles über den Dawes-Plan zum Ziel, Frankfurt a.M. 1926, bes. S. 95ff. (zum „Londoner Zahlungsplan“ 1921) u. 271ff. (zum Dawes-Plan 1923/24). Zum Gesamtzusammenhang sind nach wie vor als Standardwerke unverzichtbar: Karl-Heinrich Pohl: Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Weimarer Republik 1924-26. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt, Düsseldorf 1979 u. Werner Link: Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 44ff. u. 203ff., bes. 260ff.

<sup>20</sup> Von den „Sachleistungen“ profitierten neben Frankreich und Belgien besonders Serbien (Jugoslawien) und Italien.

<sup>21</sup> Siehe Wolfgang Ruge: Deutschland von 1917 bis 1933, 3. Aufl., Berlin-DDR 1978, S. 200ff.; Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918-1933, 2. Ausgabe, München 2001, S. 169ff.

Juli/August 1923 erreichte zum ersten Mal die Parität des US-Dollars zur Mark 1:1.000.000! Arbeiter und Angestellte erhielten jetzt mindestens einmal täglich ihren Lohn, der in Taschen und Schubkarren transportiert und sofort in Waren umgesetzt wurde.

Die Inflation entwertete jetzt beinahe stündlich den verdienten Lohn.<sup>22</sup>

Millionen Menschen waren mit der Organisierung ihrer Grundbedürfnisse befasst. Wie schrieb Hans Fallada: „Werden wir uns zu essen kaufen können?“ Doch die entscheidende Frage blieb im Katastrophensommer 1923 unbeantwortet: Gibt es aus Not und Hunger, aus Perspektivlosigkeit und Zukunftsängsten einen Ausweg? Und was geschieht mit den Herren Stinnes und Co.? Bleibt es dabei, dass im Ergebnis des Ersten Weltkrieg und der Hyperinflation eine gewaltige Umverteilung des Vermögens von unten nach oben stattgefunden hatte? Oder werden die Kapitaleigner endlich zur Finanzierung der öffentlichen Güter herangezogen? Müssen die Banken und Großkonzerne sozialisiert und die Kriegs- und Inflationsgewinne eingezogen werden, wie es vor allem die KPD wiederholt in den Jahren der Inflation vorgeschlagen hatte? Im Sommer 1923 standen die Zeichen auf Sturm. Ereignisreiche Monate im Herbst und Winter sollten folgen.

### **Die Berliner Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an Reichskanzler Wilhelm Cuno, 26. Februar 1923**

„Mit der Preissteigerung hat die Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht Schritt gehalten, ihr realer Wert ist immer weiter unter den der Vorkriegszeit gesunken. Das hat und musste zur Folge haben, dass die Arbeitnehmerschaft sich immer weniger das zum Leben Notwendige kaufen kann und die Unterernährung mit Riesenschritten fortschreitet. So ist es denn auch bereits so weit gekommen, dass selbst in Lohn und Gehalt stehende Arbeitnehmer ihren Kindern nicht mehr die für sie so notwendige Milch kaufen können. Das ist, so furchtbar es auch ist, das aussprechen zu müssen, Kindermord, der noch grausamer ist als der bethlehemitische Kindermord, weil die Kinder, unsere Zukunft, dadurch zum langsamen Hinsiechen verurteilt werden.

Die Alten, Arbeitsunfähigen, Sozial- und Kleinrentner und die Arbeitslosen sind dem gleichen grausamen Schicksal überliefert, denn niemand wird behaupten können oder wollen, dass sie mit den kargen Mitteln, die sie als Unterstützung erhalten, sich auch nur das Notdürftigste zum Leben kaufen könnten. Auch sie sind also zum langsamen Hungertode verurteilt. An Anschaffung von Kleidung und Wäsche etc. kann überhaupt nicht gedacht werden. Man braucht sich darum nicht zu wundern, dass heute schon viele tausend Kinder der Ärmsten kein Hemd mehr auf dem Leibe haben.(...)

Wir... erwarten, dass nunmehr endlich der Stimme der Arbeitnehmerschaft Gehör geschenkt wird, bevor es zu spät ist. Wir glauben umso mehr ein Recht zu dieser Forderung zu haben, als auf der anderen Seite Riesengewinne erzielt werden und Luxus und Verschwendung...getrieben wird. Und das sind dieselben Kreise, die es verstehen, sich den Pflichten gegenüber dem Staat und der Allgemeinheit zu entziehen, indem sie zu Steuern

---

<sup>22</sup> Siehe Andreas Kunz: Verteilungskampf oder Interessenskonsensus? Einkommensentwicklung und Sozialverhalten von Arbeitnehmergruppen in der Inflationszeit 1914 bis 1924, in: Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz, hrsg. v. Gerald D. Feldman u.a., Berlin u. New York 1982, S. 347ff., bes. die Schaubilder u. statistischen Daten, S. 373ff.

nicht im Entferntesten das leisten, wozu sie nach ihrem Einkommen und ihrem Vermögen verpflichtet wären. Das muss den Volkszorn bis zur Siedehitze steigern.“

Aus: Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919-1923, bearbeitet von Michael Ruck, Köln 1985 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 2), Dokument 81, S. 805ff.

### **Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 31. August 1923**

„Soll Ordnung gebracht werden in die Wirtschaft Deutschlands, so kann das nur mit proletarischen Methoden geschehen: Ohne Kontrolle des Handels und der Industrie durch die Arbeiter und Angestellten; ohne Erfassung der Sachwerte, Beschlagnahme der Devisen unter Kontrolle der Arbeiter und Angestellten; ohne Beschlagnahme der großen Vermögen; ohne Sicherstellung der Ernährung durch Brechung der Anbausabotage der Großagrarien können nicht einmal die ersten Schritte zur Reinigung des Augiasstalles gemacht werden.

Aber keiner dieser Schritte kann durch bürokratische Schritte ersetzt werden: Die Kontrolle der Produktion kann nur durch die Betriebs- und Angestelltenräte durchgeführt werden, und nur gestützt auf diese Klassenorgane der werktätigen Masse kann eine Regierung den Anfang machen zur Besserung der Lage.“

Aus: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, 2. Halbband, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin-DDR 1966, Nr. 367, S. 411.

### **Die Berliner Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an Reichskanzler Gustav Stresemann, 17. September 1923**

„Und endlich ersuchen wir, rücksichtslos dagegen einzuschreiten, dass für unentbehrliche Bedarfsgegenstände, vor allem für Lebensmittel, Preise gefordert werden, die über den Weltmarktpreisen stehen. Diese Preise müssen als Wucher gekennzeichnet und gegen diejenigen, die die Not des Volkes zu ihrem persönlichen Vorteil ausbeuten, unerbittlich mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden. Die Löhne und Gehälter stehen in einem so schreienden Missverhältnis zu der gegenwärtigen Teuerung, dass es mit Recht die Erbitterung und Empörung der Arbeitnehmer dagegen auslösen muss, deren Lage eine geradezu trostlose geworden ist. Wie dann die Lage der Kurzarbeiter, Unterstützungs- und Renteneempfänger sein muss, darüber glauben wir kein Wort verlieren zu brauchen.“

Aus: Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919-1923, Dokument 97, S. 933f.

### **Aus einem Leitartikel der dem Alldeutschen Verband nahestehenden „Deutschen Zeitung“ vom 16. November 1923**

„Die Ordnung im Innern wird nicht geschaffen, indem man einfach die Zustände, wie sie 1914 waren, wieder herbeizuführen sich bestrebt. Das Deutschland mit den Ordnungen von 1914 ist endgültig zerschlagen, ist im Krieg besiegt und würde, selbst wenn es wiederhergestellt würde, in den großen kommenden außenpolitischen Wandlungen untüchtig sein.(...) Wir gebrauchen eine Innenpolitik, die sich auf die Arbeiter und auf den Mittelstand stützt. Diese Schichten sind wirtschaftlich und kulturell an das Bestehen des Reiches

gebunden. Eine auf diesen Gruppen fußende, eindeutig nationale Politik wird die Landwirtschaft und auch weiteste Kreise der Industrie auf ihre Seite bekommen. Das Schwierige ist nur die Frage, wie in der Arbeiterschaft das in ihr schlummernde, durch eine falsche Behandlung und die darauf fußende erfolgreiche sozialdemokratische und gewerkschaftliche Agitation verdeckte Nationalbewusstsein, der Wille, sich rückhaltlos für das Reich einzusetzen, wieder geweckt wird.“

Aus: Deutsche Zeitung, Nr. 505, 16. November 1923, Dr. Fr. Nonnenbruch: Nationale Politik.